

gerfristig arbeitslos sind, zeigt, daß der Abgang an arbeitslosen Frauen in die stille Reserve jetzt weniger ausgeprägt ist als damals.

Obwohl der Arbeitsmarkt für „Angestellten-Berufe“ von der konjunkturellen Belegung bisher kaum erfaßt wurde, dauert die Arbeitslosigkeit von Angestellten, im Durchschnitt gesehen, immer noch weniger lang als bei den Arbeitern. Bei den arbeitslosen Angestellten lag Ende September der Anteil derer, die bis unter 6 Monate arbeitslos sind, mit 61,8% höher als bei den Arbeitern (57,3%). Hinsichtlich gesundheitlicher Einschränkungen zeigt sich: Je kleiner der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen, desto kürzer war die Dauer der Arbeitslosigkeit. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt dann der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen merklich zu. Bei den 122 300 Arbeitslosen mit einer Dauer der Arbeitslosigkeit von 1 bis unter 2 Jahre machten 39% gesundheitliche Einschränkungen geltend. Von den 38 700 Arbeitslosen, die 2 Jahre und länger ohne Arbeit waren, mußten sogar 61,2% auf gesundheitliche Einschränkungen aufmerksam machen.

Jüngere Arbeitslose sind weniger lang arbeitslos als vor einem Jahr. Stellt man die Dauer der Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen dar, so zeigt sich auch für September 1976, daß jüngere Arbeitslose weniger lang arbeitslos sind als ältere Arbeitslose. Die Unterschiede sind neuerdings sogar wieder deutlicher geworden. Maßgeblich hierfür dürfte sein, daß ein allmählich besser werdender Arbeitsmarkt die unteren Jahrgänge eher erreicht als die höheren Jahrgänge. Während bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren Ende September dieses Jahres 71,0% weniger als 3 Monate ohne Arbeit waren, waren es in der Altersgruppe 55 bis unter 60 Jahre 23,4% und bei den 60- bis 65jährigen nur noch 18,6%, also weniger als ein Fünftel. Bemerkenswert ist vor allem, daß im Vorjahresvergleich die Dauer der Arbeitslosigkeit in der untersten Altersgruppe bis unter 20 Jahre merklich zurückgegangen ist. Waren im September des Vorjahres 63,2% bis zu drei Monate arbeitslos, so lag jetzt der entsprechende Anteil bei 71,0%. Auf der anderen Seite ist der Anteil der über ein Jahr arbeitslosen Jugendlichen leicht gestiegen; er ist aber mit zuletzt 4,0% gegenüber den vergleichbaren Anteilen in den höheren Altersgruppen aber nach wie vor niedrig.

Interview

Arbeitslosigkeit – ein gesellschaftliches Dauerproblem?

Ein Gespräch mit dem Präsidenten der BA, Josef Stingl

Über Fragen der gegenwärtigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, über die konjunkturellen und strukturellen Elemente dieser Entwicklung und über einige in der Öffentlichkeit diskutierte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insbesondere soweit sie mit Ausbildungsfragen und Arbeitszeitverkürzung zusammenhängen, sprachen wir mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Präsident, die Januar- resp. Dezemberzahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ergeben, sieht man von den saisonalen Einbrüchen einmal ab, kein so düsteres Bild mehr wie noch vor einem Jahr. Dennoch liegt nun schon zum drittenmal zu Jahresbeginn die Zahl der Beschäftigungslosen über einer Million. Heißt das, wie es aus verschiedensten Richtungen – Verbänden, Gutachtern, Politikern – signalisiert wird, daß die Unterbeschäftigung in der Bundesrepublik wie in den westlichen Industriestaaten insgesamt zu einem Dauerproblem wird?

Stingl: Wir müssen die Entwicklung, die jetzt noch anhält, auf dem Hintergrund der starken Rezession während der letzten Jahre sehen. Dabei kommen wir nicht umhin festzustellen, daß wir Arbeitslosenzahlen, wie wir sie ausgeprägt seit Sommer 1974 haben, in Deutschland nicht mehr gewohnt waren. Denn bereits im Januar 1975 stieg die Arbeitslosenzahl zum erstenmal auf über eine Million an und blieb bis zum April 1976 über einer Million. Ende 1976 wurde die Millionengrenze von neuem überschritten. Dabei muß ich sagen, mir kommt es auf die Million nicht an, auch 500 000 Arbeitslose sind eine hohe Zahl.

HK: Erst eine Zahl unter 350 000 bezeichnete ein jüngstes Gutachten als erträglich. Davon sind wir seit der Ölkrise aber weit entfernt. Brachte diese den eigentlichen Einbruch?

Stingl: In gewissem Sinne, ja; angefangen hat es allerdings schon vorher. Voll durchgeschlagen hat die Rezession auf dem Arbeitsmarkt ab Herbst 1974. Aber schon seit Ja-

nuar/Februar 1973 war die Zahl der Beschäftigungslosen von Monat zu Monat im Vergleich zum gleichen Monat des jeweiligen Vorjahres gestiegen. Dies ist erst seit Mai 1976 wieder anders geworden. Seitdem hat sich die konjunkturelle Wende zum erstenmal erkennbar auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen und zu einer Tendenzumkehr geführt. Die positive Differenz zum Vorjahr wurde ab Mai immer größer, in den Sommermonaten stagnierte sie um 8 bis 9 Prozent und sprang dann auf 10,6 und jetzt auf 10,9 Prozent. Am Ende des Jahres 1976 hatten wir 11 Prozent weniger Arbeitslose als Ende 1975.

„Normal ist die Zunahme, nicht der Bestand“

HK: Sie deuten die letzten Zahlen also im wesentlichen als saisonalen Einbruch, der die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung insgesamt nicht abbricht?

Stingl: Eine konjunkturelle Besserung haben wir auf jeden Fall, und sie wäre sicherlich noch höher gewesen, wenn nicht der Dezember 1976 ausnehmend schlechtes Wetter gebracht hätte. So ist der Anstieg der Arbeitslosen von Dezember 1976 verhältnismäßig hoch ausgefallen, jedenfalls höher, als ich es erwartet habe. Dennoch liegt er mit 10,7 Prozent Zunahme unter dem Anstieg, den wir früher im Vergleich zum Vormonat im Dezember jeweils gehabt haben. Lediglich im vorigen Jahr waren es nur 9,8 Prozent, 1973 waren es noch 46 Prozent, 1969 dagegen 61 Prozent, 1966 sogar 71 Prozent. Die Zunahme – nicht der Bestand – im Dezember ist als „normal“ zu bezeichnen, und sie ist trotz des schlechten Wetters noch verhältnismäßig glimpflich ausgefallen.

HK: Es fällt auf, daß zu der Abschwungsphase der Wirtschaft 1973/74 der Einbruch in der Beschäftigungslage – ganz im Gegensatz etwa zur Entwicklung an der Preisfront – in der Bundesrepublik vergleichsweise kräftiger ausfiel als in anderen europäischen Ländern mit ohnehin chronischer Arbeitslosigkeit. Stoßen hier Rezession und fortgeschrittene Rationalisierung stärker zusammen?

Stingl: Ihre Beobachtung ist richtig. Die Ausgangslage war in anderen Ländern, z.B. in Großbritannien, in Frankreich, in Italien, schlechter. Wir erlebten aber bei uns den stärkeren Einbruch. Der Grund dafür war, was Sie schon angedeutet haben, die Ölkrise. Man konnte das sozusagen an den nicht bestellten Autos ablesen. Während 1972 die Zahl der Arbeitslosen im Dezember um 18 Prozent zugenommen hatte, stieg sie im Dezember 1973 um 46 Prozent. Im November waren wir von der Ölkrise überrascht worden. Noch im gleichen Monat kam ein Anwerbestop für Ausländer. Das war ein eindeutiger Bruch. Einen ähnlichen Einbruch hatte es nur noch 1966 gegeben zu Beginn der damaligen Rezession, wobei damals die Ausgangswerte sehr viel niedriger waren. Um es durch Zahlen zu verdeutlichen: im Dezember 1972 war die Arbeitslosenzahl um 43 800 angestiegen, im Dezember 1973 im unmittelbaren

telbaren Gefolge der Ölkrise nahm diese dann um 153 800 zu.

HK: Aber Ursache war doch kaum der Ölpreis allein...

Stingl: Nein, nicht allein, aber ganz entscheidend. Es fing an im Mai 1973. Die Bundesregierung hatte im März die restriktiven Maßnahmen gegen die Inflation beschlossen. Die konnten nicht ohne Folgen bleiben. Sie wirkten sich aus z.B. in den Textil- und Bekleidungswaren und führten zu einem allmählichen Anstieg der Zahl der arbeitslosen Frauen. Das war aber noch kein Prozeß, der Ängste hervorgerufen hätte. Erst mit der Ölkrise kam der große Einbruch. Im Jahr 1974 beruhigte sich die Entwicklung zunächst wieder leicht, erst ab August–September 1974 sprangen auch die saisonbereinigten Zahlen wieder hoch und überschritten im April 1975 die Millionengrenze.

HK: Nochmals zu meiner Frage: Besteht in dieser Zuspitzung nicht ein Zusammenhang zwischen einer scharfen Rezession am Ende einer langen Phase hohen und stetigen Wachstums und einer teilweise stärker als in anderen Ländern fortgeschrittenen Rationalisierung, durch die Arbeitsplätze ebenfalls abgebaut werden?

Stingl: Das spielte alles eine Rolle. Der eigentliche Grund lag aber in der reduzierten Exportfähigkeit. Die deutsche Wirtschaft basiert nun einmal sehr stark auf dem Export – ein Viertel der Arbeitsplätze hängt vom Export ab. Der Export war aber durch die Verteuerung des Öls gleich zweimal getroffen. Einmal durch die Verteuerung des Produkts, das wir herstellen, zum anderen durch die mangelnde Zahlungsfähigkeit bzw. die verminderte Kaufkraft der Abnehmer.

HK: Eine zusätzliche Dimension erhält die Beschäftigungslage durch die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer ist, wenn ich richtig orientiert bin...

Stingl: ... von 2,6 Millionen im Jahre 1973 inzwischen auf 1,9 Millionen...

HK: ... zurückgegangen. Das besagt doch, daß der Abschwung im Beschäftigungsniveau, um nicht zu sagen der Verlust an Arbeitsplätzen, noch um einiges akuter ist, als in den Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck kommt...

Stingl: Das ist im Prinzip richtig. Es drückt sich aber nicht nur in den Ausländerzahlen aus, sondern es ist so, daß sich auch Deutsche in die „stille Reserve“ zurückgezogen haben. Man darf ja nicht die Zahl der Arbeitslosen und den Verlust von Arbeitsplätzen gleichsetzen. Sie haben aber recht, daß der Rückgang der Ausländerbeschäftigung bei der Beurteilung der Beschäftigungslage mit berücksichtigt werden muß. Leider reicht unsere Beschäftigungsstatistik nur bis März 1976. Wir haben keine neueren Zahlen, wir müssen die Beschäftigungsstatistik erst mit einiger Mühe mit den Renten- und Krankenversicherungsträgern aufbauen.

HK: Umgekehrt könnte man sagen, solange noch 1,9 Millionen Ausländer bei uns beschäftigt sind, kann Arbeitslo-

sigkeit im bisherigen Ausmaß eher als Zeichen einer gewissen Normalisierung nach einer Phase der Überbeschäftigung denn als Unterbeschäftigung im Sinne von Massenarbeitslosigkeit angesehen werden...

Stingl: Das kann man sicherlich auch sagen und muß es auch so sehen. Nur kann man nicht sagen, schickt die 1,9 Millionen Ausländer weg, dann habt ihr sogar noch 900 000 offene Stellen. Das geht schon deshalb nicht, weil der EG-Raum ein geschlossener Arbeitsmarkt ist und die Ausländer auch ihre Rechte haben. Es geht aber auch arbeitsmarktpolitisch nicht, weil regional und berufsfachlich die deutschen Arbeitslosen und die beschäftigten Ausländer einfach nicht deckungsgleich sind.

„Ich glaube, daß der Gesetzgeber hier richtig verfährt“

HK: Daß die gegenwärtigen deutschen Arbeitsmarktprobleme nicht durch Reduktion ausländischer Arbeitskräfte zu lösen sind, daß dies faktisch nicht geht und auch nach den Regeln sozial-politischer Ethik nicht zu verantworten ist, dürfte unbestritten sein. Ich wollte lediglich auf den Ausländerfaktor zur Beurteilung der Beschäftigungslage insgesamt hinweisen. Aber läßt sich die Lage nicht auch von einer anderen Seite quantitativ etwas entdramatisieren? Eine Million Arbeitslose jetzt oder ein bleibender Arbeitslosensockel von 800 000 bis 900 000 besagt für sich ja noch nicht viel. Muß man nicht danach fragen, was davon „echte“ und was „unechte“ Arbeitslose sind?

Stingl: Wir unterscheiden das gar nicht. Sobald wir feststellen, daß jemand „unechter“ Arbeitsloser ist, dann ist er keiner mehr. Ein Arbeitsloser ist nur derjenige, der dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Tut er das nicht, ist er kein Arbeitsloser und bekommt auch keine Leistung.

HK: Ich habe mich vielleicht mißverständlich ausgedrückt. Diesen Aspekt meinte ich nicht. Sondern ich denke z. B. an den Anteil an Teilzeitbeschäftigten bzw. an solche, die Teilzeitbeschäftigung suchen, an Doppelverdiener u. ä. Meine Frage richtet sich auf die Sozial- und Einkommensstruktur der Arbeitslosen...

Stingl: Wir haben immer wieder versucht, die Struktur der Arbeitslosen zu durchleuchten. Wir haben mehrere Jahre hintereinander, jeweils im Mai und im September, eine sog. Strukturanalyse angefertigt. Im September 1976 haben wir auch eine Strukturanalyse der offenen Stellen hinzugefügt und haben aus dieser Strukturanalyse jetzt auch Zahlen in unsere monatlich herausgegebene Übersicht hineingenommen. Dadurch erhalten wir ein klareres Bild über Voll- und Teilzeitarbeitslose. Und wir haben unseren Mitarbeitern in den Arbeitsämtern zugemutet, daß sie auch bei den Vollzeitarbeitslosen ein bißchen genauer zählen und differenzieren. Es hat sich nun gezeigt, daß von den 908 067 Ende Dezember registrierten Arbeitslosen, die eine Vollzeitarbeit vermittelt haben wollen, 760 000 abhängig beschäftigt waren, bevor sie arbeitslos wurden,

60 500 kamen aus einer schulischen Ausbildung und fanden keine Arbeitsstelle und 87 500 – eine immerhin erstaunlich hohe Zahl, die ich so nicht erwartet hatte – waren vorher nicht in abhängiger Beschäftigung. Darunter waren Hausfrauen oder auch Selbständige, die ihren Betrieb aufgegeben hatten. Ferner zählen dazu Erwerbspersonen, die länger als ein halbes Jahr krank gewesen waren.

HK: Es ist bekannt, daß Teilzeitbeschäftigung hauptsächlich eine Domäne von Frauen ist. Wie hoch ist der Anteil der Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen?

Stingl: Ein Drittel aller arbeitslosen Frauen sucht eine Teilzeitbeschäftigung...

HK: Und wie hoch ist der Anteil von alleinerziehenden Frauen und von Frauen mit unvollständigen Familien (z. B. von Geschiedenen mit Kindern)?

Stingl: Das wissen wir nicht, denn das spielt für uns allenfalls eine Rolle dann, wenn der Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschöpft ist. Erst bei Beantragung von Arbeitslosenhilfe wird anderes Einkommen angerechnet. Wir können nur annehmen, daß unter den arbeitslosen Frauen auch ein Teil ist, der auf anderweitiges Einkommen, des Ehemannes, der Kinder oder sonst jemandes, zurückgreifen kann. Ein Teil der arbeitslosen Frauen hat ja aus diesem Grunde keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, wenn der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft ist.

HK: Aber die Gruppe alleinerziehender Frauen wäre insofern interessant, als es sich hier um eine ausgeprägte Härtegruppe handelt. Da sich ihre familiären Verpflichtungen meist auf den Arbeitsplatz auswirken, ist überdies nicht auszuschließen, daß sie im Falle von Entlassungen – wenn sie nicht gerade Lehrer oder sonstwie im öffentlichen Dienst sind – zu den zuerst Entlassenen gehören...

Stingl: Was bei der Bevölkerung sehr viel mehr eine Rolle spielt, ist gerade das Umgekehrte. Beanstandet wird das Arbeitslosengeld für Doppelverdiener. Ich glaube aber, daß der Gesetzgeber hier richtig verfährt: nur das Arbeitslosengeld ist Pendant zum Beitrag. Die Arbeitslosenhilfe ist aber, so steht es auch im Gesetz, vom Prinzip her eine Sozialhilfe, die vom Bund an uns erstattet wird. Sie wird nur zur Zeit nicht erstattet wegen der angespannten Finanzlage des Bundes. Sozialhilfeleistungen sind immer auf das Einkommen anzurechnen. Es wäre eine Zerstörung von Ehe und Familie, wenn man von vornherein sagen würde, es interessiere uns bei einer fürsorgerischen, nicht versicherungsmäßigen Leistung nicht, was an Gesamteinkommen vorhanden ist.

HK: Wäre nicht zu fragen, ob hier unter Festlegung der Frauenemanzipation auf Berufstätigkeit nicht ideologische Muster am Werke sind, die im Sinne einer wohlverstandenen Gestaltung des Rechts auf Arbeit, also sozialstaatlich, eher kontraproduktiv sind?

Stingl: Wir als Bundesanstalt betreiben keine Politik des Wegholens der Mutter von ihren Kindern oder ihrer Fa-

milie. Aber wir geben Hilfen für Frauen, die zu Hause nicht mehr den ganzen Tag ausgelastet sind und eine Teilzeitbeschäftigung suchen, oder vermitteln eine Vollzeitbeschäftigung, wenn eine gesucht wird. Niemand wird von uns in eine Beschäftigung hineingezwungen, auch nicht hineinberaten, wir geben immer nur Informationen, aber nehmen niemandem die eigene Entscheidung ab.

„Wer wenig gelernt hat, wird schneller arbeitslos und bleibt es länger“

HK: Wer wird gegenwärtig arbeitslos und in welchen Regionen und Branchen gibt es die größte Gefährdung?

Stingl: Dafür gibt es keine generellen Kriterien, wohl aber mehrere Indizien. Ganz eindeutig kann man sagen, wer wenig gelernt hat, wer keine abgeschlossene Berufsausbildung hat, wird schneller arbeitslos und bleibt es länger. Wir können weiter sagen, Jüngere werden schneller arbeitslos, aber bleiben es für kürzere Zeit. Zur Wirtschaftsstruktur ist zu sagen: die verschiedenen Branchen sind von der Rezession nicht so getroffen, daß man sagen könnte, die eine ist vernichtet und die andere entsteht. Es gibt in fast allen Branchen strukturbedingte Einbrüche. Von der jetzigen langen Rezession sind alle Branchen und Wirtschaftszweige betroffen.

HK: Und die regionalen Unterschiede?

Stingl: Es gibt regionale Unterschiede. Und es gibt Gebiete mit starken Schwankungen, wie z. B. Bayern, das im Winter immer eine unverhältnismäßig hohe Arbeitslosenzahl hat, die im Sommer wieder stark zurückgeht. Wir haben das gegenteilige Phänomen in Baden-Württemberg, das gleichmäßig über ein ganzes Jahr die im Vergleich zu anderen Ländern niedrigste Arbeitslosenquote aufweist. Baden-Württemberg hat eben eine sehr ausgeglichene Wirtschaftsstruktur.

HK: Sind Ausgleichswirkungen regionaler Strukturpolitik erkennbar?

Stingl: Es gibt durchaus erkennbare Erfolge. Noch vor wenigen Jahren war der Pendelausschlag z. B. zwischen Sommer und Winter in Bayern höher. Auch die Differenz zwischen Bayern und Baden-Württemberg war im Winter höher, als sie es jetzt ist. Nur, strukturpolitische Maßnahmen brauchen für ihre Wirkung eine lange Zeit. Man kann nicht von heute auf morgen durch eine Milliarde die Strukturunterschiede beseitigen. Ihre Wirkungen hängen ja auch von der Mentalität der Menschen ab. Wir haben z. B. mit dem Wintergeld nicht voll das erreicht, was wir uns vorgestellt haben, nämlich daß im Bau auch unter Winterverhältnissen weitergearbeitet wird, weil die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können.

HK: Könnte durch mehr Mobilität Arbeitslosigkeit schon jetzt stärker abgebaut werden?

Stingl: Die Mobilität ist in Deutschland a) eine Frage der Mentalität, aber b) auch der Gesetzgebung. Es gibt z. B.

eine deutsche Eigenheimideologie, die auch die politischen Parteien und der Gesetzgeber gefördert haben, die mobilitätshemmend wirkt; und es gibt gesetzliche Hindernisse. Z. B. ist die Grunderwerbssteuer ein solches gesetzliches Hindernis. Wenn ich ein Haus am alten Wohnsitz verkaufen und für den Kauf eines gleichwertigen am neuen Wohnsitz für Grunderwerbssteuer und Notariatsgebühren zusätzlich Geld ausgeben muß, dann werde ich mir den Umzug dreimal überlegen. Andererseits konnten wir immer schon Umzugsbeihilfen leisten. Durch die 430 Millionen, die die Bundesregierung dafür zusätzlich zur Verfügung stellt, haben wir jetzt noch mehr Möglichkeiten, dafür zu sorgen, daß jemand, der des Arbeitsplatzes wegen umziehen will, keinen zusätzlichen Nachteil erleidet, von Einkommens- bzw. Entlohnungsschwankungen abgesehen.

HK: Wie steht es mit der Umschulungsbereitschaft? Ist diese Ihrer Meinung nach ausreichend entwickelt? Und sind die Gelder, die Ihre Anstalt dafür zur Verfügung stellt, rationell angelegt? Man hört jetzt auch schon wieder die Variante, daß Umgeschulte auch in ihrem zweiten Beruf arbeitslos geworden sind. Z. B. der Ruhrkumpel, der mit Mitteln aus dem Arbeitsförderungsgesetz auf einen Büroberuf in der Textilbranche umgeschult wurde und dem in den letzten Jahren von neuem gekündigt wurde ...

Stingl: Sicher gibt es das, und ich lasse es auch auf mir sitzen und verspreche eisern, daß sich das kaum ändern wird, denn wir sind keine Propheten und wollen keine sein; und die Arbeitsämter werden auch einmal Fehlentscheidungen treffen. Und ich würde sagen, Gott sei Dank, denn wäre es so, daß die ganze Wirtschaftsentwicklung, die technische Entwicklung sich danach richtet, was die Arbeitsämter an Umschulungsmaßnahmen beschlossen haben, so gäbe es eine Katastrophe. Wir würden zu Arbeitsdiktatoren. Im übrigen ist das, was Sie Fehlinvestitionen nennen, nicht die Regel. Wir können im Gegenteil nachweisen, daß die durch unsere Maßnahmen Geförderten weniger arbeitslos werden als die anderen und auch weniger arbeitslos sind.

HK: Ist die Umschulungsbereitschaft nicht auch deswegen unterentwickelt, weil man sich über ihre Bedeutung und ihre mittel- und langfristige Notwendigkeit nicht im klaren ist und weil man auch von politischer Seite die strukturellen Aspekte der Arbeitslosigkeit unterschätzt und weil der Arbeitnehmer kalkuliert, daß es sich um ein vorübergehendes Phänomen handle und die Ankurbelung der Konjunktur bereits die Wende bringen werde ...?

Stingl: Wir schätzen die Bedeutung der beruflichen Mobilität in der Tat noch für zu gering ein. Man braucht als Voraussetzung dafür eine breite berufliche Bildung, die man unterschiedlich spezialisieren kann. Dafür treten wir ein. Und um diesen Gesichtspunkt ist ja auch die Diskussion Mitte der sechziger Jahre bei den Beratungen über das Arbeitsförderungsgesetz geführt worden. Ich erinnere mich noch gut daran. Ich habe das damals im Bundestag mit betrieben.

„Es verschieben sich zeitlich Konkurrenzen“

HK: Ein Merkmal der gegenwärtigen Situation scheint ja zu sein, daß sich die Arbeitslosigkeit auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten gleichmäßiger zu verteilen beginnt. Die Angestellten sind heute ebenso, teilweise sogar stärker betroffen als die Arbeiter an den Produktionsstätten. Die Akademikerarbeitslosigkeit war vor wenigen Jahren noch ein Fremdwort, jetzt wird sie niemand Ernstzunehmender mehr als inexistent oder belanglos darstellen wollen. Aber hat man sich auf diese langfristige Entwicklung bildungs- und beschäftigungspolitisch eingestellt?

Stingl: Man muß der Bevölkerung auf jeden Fall klar sagen: Wenn sich die Zahl der Akademiker vermehrt, vermehren sich nicht automatisch und im gleichen Tempo die gemeinhin von Akademikern erwarteten Arbeitsplätze, insbesondere nicht im öffentlichen Dienst. Ich kann nicht im öffentlichen Dienst den höheren Dienst plötzlich so ausweiten, wie es das Angebot an Akademikern notwendig machte. Man muß also dem, der ein akademisches Studium anfängt, deutlich sagen, daß er einer stärkeren Konkurrenz ausgesetzt sein wird als früher. Es muß klar gesagt werden: Überlegt euch vorher, bevor ihr als Langstreckenläufer mit langer Ausbildung antretet, ob ihr gute Langstreckenläufer seid, damit ihr hinterher in der Konkurrenz gut liegt. Wenn ihr schlechte Langstreckenläufer seid, dann bleibt auf der Kurzstrecke, studiert nicht, wenn ihr nicht begabt genug seid. Und denen, die ein Studium hinter sich haben, wird man sagen müssen: Es ist auf jeden Fall ein Wert, eine höhere Ausbildung zu haben, auch wenn du an einer Stelle anfängst, die niedriger dotiert ist, als es früher üblich war. Von den Bildungspolitikern ist viel zu wenig gesagt worden, daß die Vermehrung der Zahl die Konkurrenz verschärft.

HK: Läßt sich die Frage noch etwas vertiefen? Gilt in einer Situation der Unterbeschäftigung nicht nur der wenig Ausgebildeten, sondern auch den hoch spezialisierten überhaupt noch der Grundsatz, daß der die besseren Chancen hat, wer über die bessere Bildung verfügt?

Stingl: Der Grundsatz gilt auch für die Zukunft selbst bis in den akademischen Bereich hinein. Ein Jurist z. B. hat natürlich eine bessere Voraussetzung, bei uns eine Widerspruchsstelle zu leiten als derjenige, der aus dem normalen Dienst dafür aufgestiegen ist. Nur ist die Widerspruchsstelle kein höherer Dienst.

HK: Beißt sich da die Katze nicht in den Schwanz? Weil ein Verdrängungswettbewerb in Gang gesetzt wird – indem Leute mit einer volkswirtschaftlich kostspieligen Ausbildung andere verdrängen, die die gleiche Stellung mit einer weniger kostspieligen Ausbildung ebensogut ausfüllen?

Stingl: Na ja, es verschieben sich zeitlich Konkurrenzen. Der Akademiker, der nach dem Abschluß des Studiums als Konkurrent des Abiturienten auftritt, der wäre aber vor seinem Studium auch dagewesen. Er wäre dann eben als

Abiturient Konkurrent des anderen Abiturienten gewesen. Jetzt ist er nach fünf Jahren Konkurrent des Abiturienten und hat fünf Jahre in die Ausbildung investiert und hat insofern einen Vorsprung. Nur ist dieser Vorsprung nicht überall maßgebend. Es gibt durchaus Bereiche, im Handwerk etwa, wo bei Bewerbung eines Abiturienten, eines Realschülers und eines Hauptschülers der Handwerksmeister sagt, ich nehme den Hauptschüler, weil er bei mir anderes kann und können muß, als was ein Abiturient gelernt hat. Diese Verdrängung durch Konkurrenz ist ja auch kein neues Problem, sondern die Konkurrenz selber entsteht natürlich durch das Dasein dieser Menschen. Die persönliche Situation des einzelnen wird durch bessere Ausbildung aber auf jeden Fall verbessert. Er hat einen Vorsprung in der Konkurrenz. Das gilt auch für den handwerklichen Bereich. Wenn ein Handwerksbetrieb für dieselbe Tätigkeit einen Meister einstellen kann, der seine Meisterprüfung gemacht hat, oder einen Gesellen, dann wird er vermutlich den Meister nehmen. Nur hat man in der ganzen Bildungsdiskussion nie darauf hingewiesen, daß es dieses Problem gibt. Und deswegen steht heute so mancher, der sich durch das Gymnasium und dann durch die Hochschule gequält hat, vor der Erkenntnis, daß er, hätte er nach einem Realschulabschluß seine handwerklichen Fähigkeiten richtig eingesetzt, schon längst Verdienner in derselben Position wäre, in die er jetzt über das Abitur gekommen ist.

HK: Sie kritisieren die Bildungspolitik, aber waren diese selbst nicht nur Förderer, sondern auch zum Teil Opfer des Prestigedenkens des deutschen Klein- und Bildungsbürgertums?

Stingl: Da mögen Sie nicht ganz unrecht haben. Welcher Akademiker, der sich aufregt über die Erhöhung der Zahl der Akademiker, wird denn zugeben, daß sein Sohn weniger für die Hochschule begabt ist und eigentlich Handwerker werden müßte. Derartige Einsichten sind ganz seltene Ausnahmen. Es gibt Akademiker, auch Professoren, die beklagen, daß ihre Kinder auf dem Gymnasium nicht allein zu Rande kommen. Wenn man ihnen aber sagt, nehmen Sie ihren Sohn vom Gymnasium und machen Sie den Platz für jemand frei, der es ohne die Hilfe des Vaters schafft, dann ist kaum jemand zu einer solchen Konsequenz bereit. Jeder ist dafür, nur die Begabten zu fördern, aber fast jeder hält eben auch seine Kinder für begabt. Man hat den Akademiker mit einem Qualitäts- – um nicht zu sagen – moralischen Mantel umgeben, aus dem vor allem die Eltern nicht herauskommen.

HK: Stimmt der andere Grundsatz noch – Sie haben ihn vorher selbst angeführt –, daß aufgrund der technologischen Entwicklung derjenige keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat, der über keine qualifizierte Ausbildung verfügt? Es gibt doch in technologisch fortgeschrittenen Wirtschaften eine ganze Reihe – ich nenne es einmal so – Anlernberufe, für die eine qualifizierte Ausbildung keineswegs erforderlich ist und wo sogar ein Überangebot an Arbeitsplätzen – ich denke z. B. an den Bereich Gastronomie – gibt.

Stingl: Das gibt es sicherlich. Aber Bildung und besonders Ausbildung sind auch in sich etwas Gutes. Sicher unrecht hatten Sie, wenn Sie unterstellen wollten, wir würden das zu sehr fördern. Es gibt bei jedem Jahrgang um die 15 bis 20 Prozent junger Menschen – das ist ein Erfahrungswert aus langen Jahren –, die entweder nicht bildungswillig oder nicht bildungsgerecht sind. Es gibt aber in jeder Volkswirtschaft wirklich einfache Tätigkeiten, die auch Nicht- oder Geringqualifizierte ausüben können. Wir machen z. B. gegenwärtig ein Experiment mit der Handwerkskammer Nürnberg. Wir vermitteln dort lernbehinderten Jugendlichen eine Zwischenausbildung – ich kann es im Moment nicht anders nennen, weil der Anlernberuf in Deutschland nicht mehr genannt wird –, durch die Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt werden, die ihre Eingliederung in den Arbeitsprozeß erleichtern. Aber es geht hier noch um einen ganz anderen Punkt. Arbeitsplätze, die in Staaten der Dritten Welt entstehen, können nicht Arbeitsplätze an Raffinerien, d. h. in kapitalintensiven Unternehmungen, sein, sondern solche für einfache Fertigungen. Es ist nicht anzunehmen, daß wir bei uns so viele solcher Produkte brauchen. Aber die Menschen in den Entwicklungsländern erhalten durch solche Arbeitsplätze ein Einkommen, das sie früher nicht hatten. Zugleich werden diese zu neuen Käuferschichten für unsere eigenen technologisch hochwertigen Fertigprodukte. Wenn wir diese mittel- und langfristige Perspektive nicht vernachlässigen wollen, müssen wir eigentlich darauf dringen, daß die hochentwickelten Industrieländer einfache Fertigungen an Entwicklungsländer abgeben, die dabei natürlich selber ein immer höheres Fertigungsniveau anstreben müssen. Die Weltarbeitsteilung verlangt das.

HK: Diese Art von Weltarbeitsteilung wird vermutlich noch zu wenig diskutiert, aber wird das unseren Arbeitsmarkt mittelfristig überhaupt wesentlich beeinflussen?

Stingl: Daß die Entwicklung von unterentwickelten Ländern letzten Endes allen zugute kommt, ist nach meiner Meinung schlagend dadurch bewiesen, daß unser Hauptexport bisher nicht in die Entwicklungsländer, sondern in die hochentwickelten Industrieländer geht. Also nochmals: je höher entwickelt die Länder sind, desto mehr Austausch, und je mehr die Entwicklung in der Dritten Welt voranschreitet, um so mehr Austausch mit dieser. Das bedeutet aber, daß unsere Arbeiter mehr Fähigkeiten haben müssen, damit wir hochwertige und hochspezialisierte Produkte liefern können. Natürlich gibt es auch weiterhin dann an der Maschine jemanden, der nur den Schalter bedient. Aber das Kennen der Maschine, das Einrichten dieser Maschine, das verlangt hohe Qualifikationen. Selbstverständlich ist das eine längerfristige Betrachtung, aber angesichts der Bevölkerungsentwicklung bei uns muß man sich jetzt schon damit beschäftigen, auch mittelfristig spielt die Weichenstellung eine Rolle.

HK: Wie steht es mit der Ausbildungswilligkeit, die ja auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt beeinflußt? Man spricht aber von ausgeprägter Lern- und Ausbildungsun-

willigkeit Jugendlicher, die Schulabgänger ohne abgeschlossene Hauptschule nehmen zu...

Stingl: Wir haben Ende September in unserer Strukturanalyse festgestellt, daß bei den rund 100 000 Arbeitslosen unter 20 Jahren etwa 64 000 keine Berufsausbildung abgeschlossen hatten. Davon zeigten sich lediglich 8000 an einer schulischen oder betrieblichen Berufsausbildung interessiert. Diese Zahl darf freilich nicht gleichgesetzt werden mit der Gesamtzahl der Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Über ein Drittel der Arbeitslosen unter 20 Jahren hatte schon eine Ausbildung abgeschlossen.

„Jeder konjunkturelle Aufschwung nimmt zunächst die jugendlichen Arbeitslosen weg“

HK: Sie hatten vorhin gesagt, wer jung ist, wird eher arbeitslos, bleibt es aber kürzere Zeit. Wird das Problem Jugendarbeitslosigkeit, das teilweise durch den Mangel an Lehrstellen noch überlagert wird, quantitativ nicht eher überschätzt?

Stingl: In unserer Strukturanalyse von Ende September 1976 konnten wir nachweisen, daß 71 Prozent der jugendlichen Arbeitslosen kürzer als ein Vierteljahr arbeitslos sind. Nur 0,4 Prozent blieben es über zwei Jahre. Bei den Älteren ist das völlig umgekehrt. Ein weiteres Datum: Von September 1975 bis September 1976 ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um 10 Prozent zurückgegangen, die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen sank in der gleichen Zeit um 17 Prozent. Als Faustregel kann gelten: Jeder konjunkturelle Aufschwung nimmt zuerst die jugendlichen Arbeitslosen weg. Im Falle einer Hochkonjunktur werden wir sehr bald keine jugendlichen Arbeitslosen mehr haben. Wir würden aber trotzdem falsch handeln, wollten wir die Jugendlichen in einen Job drängen und nicht in eine Ausbildung. Was uns aber in den nächsten Jahren besondere Schwierigkeiten macht, sind die Ausbildungsplätze. Es kommen jetzt – auch das von Ihnen genannte ZdK-Papier weist darauf hin – die größeren Schulentaßjahrgänge hinzu. Wir brauchen im nächsten Jahr 70 000, im übernächsten Jahr 130 000 und in dem darauffolgenden Jahre sogar 200 000 Ausbildungsplätze mehr.

HK: Wie sehen Sie die Forderung in dem Gemeinschaftspapier von DGB und Bischofskommissariat an die Wirtschaft, sich auf einen Anteil von 5 Prozent Auszubildenden an der Gesamtbelegschaft einzustellen? Halten Sie einen solchen Prozentsatz für realistisch?

Stingl: Ich habe im Prinzip nichts dagegen, nur läßt sich so etwas schwer verwirklichen. Als Chef einer Verwaltung habe ich immer einen natürlichen Horror vor solchen Festlegungen, weil sie auch durchführbar sein müssen. Schon bei der Einstellung von Schwerbeschädigten ist das schwierig. 6 Prozent der Belegschaft sollen Schwerbeschädigte sein, und dafür muß Geld eingezogen werden. Das

ist immerhin noch meßbar. Wenn es aber um Ausbildungen geht, kann man zwar leicht sagen, 5 Prozent müssen es sein, aber wir können nicht kontrollieren, ob es auch eine gute Ausbildung ist oder ob junge Menschen abgestellt werden, um Bier zu holen.

HK: Lange galt die Arbeitnehmergeneration über 50 als die gefährdetste, wird das über den Klagen über die Jugendarbeitslosigkeit nicht zu sehr übersehen?

Stingl: Ich meine: ja. Bei der Untersuchung der Dauer der Arbeitslosigkeit zeigt sich, daß bei den 55–60jährigen Arbeitslosen bereits 10 Prozent über zwei Jahre arbeitslos sind.

HK: Sind besondere Problemgruppen auszumachen?

Stingl: Ja, die älteren Frauen aus dem Bürobereich. Diese Gruppe wird uns mittelfristig die größte Sorge machen.

HK: Ist nicht ein beträchtlicher Teil an der Jugendarbeitslosigkeit wie auch am Lehrstellenmangel auf das sektorale und regionale Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zurückzuführen? Es gibt doch ein beträchtliches Gefälle zwischen Siedlungsgrößen, also zwischen Stadt und Land, und im Ausbildungsbereich einen ausgehenden Trend zu Modeberufen...

Stingl: In der Tat. Um die Ausbildungssituation zu beleuchten: Die Arbeitsämter hatten Ende September 1976 noch 27000 nicht vermittelte Jugendliche, die für eine Ausbildung geeignet waren und eine Ausbildung auch anstrebten gegenüber 19000 Ausbildungsplätzen, die noch nicht besetzt waren. Das sind auf die ganze Bundesrepublik bezogen kleine Zahlen. Aber das bei den Arbeitsämtern vorliegende Angebot an Lehrstellen war eben auf andere Branchen konzentriert als dort, wo sie gesucht wurden. Es gab z.B. noch rund 6000 freie Ausbildungsplätze für Bauberufe, zugleich suchten aber noch über 12000 Bewerber einen Ausbildungsplatz in kaufmännischen, Verwaltungs- und Büroberufen. Berücksichtigt man dazu noch, daß ausgerechnet in der Bauwirtschaft die Vermittlung von Fachkräften bereits schwerfällt, weil wir sie nicht haben, daß aber in den Büroberufen die größte Arbeitslosigkeit herrscht, dann sieht man, daß da auch Mobilitätsprobleme der Jugendlichen und Prestigeprobleme der Eltern dahinterstecken.

„Wenn man auf absehbare Zeit nicht mehr Arbeit hat, muß man sie anders verteilen“

HK: Wären solche Ungleichgewichte durch die Einführung einer Meldepflicht behebbar?

Stingl: Ich bin strikt gegen eine Meldepflicht aus demselben Grund wie gegen die vorhin von Ihnen angesprochene Festsetzung der 5 Prozent: Man kann so etwas nicht oder nur mit einem unangemessenen bürokratischen Aufwand überwachen.

HK: Die Frage gehört zwar nicht in ihrem ganzen Umfang hierher. Aber ist es nicht eigentlich so, daß auch im Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit die kinderreichen Familien die besonders Benachteiligten sind? Sie sind einmal benachteiligt durch Preisentwicklung und Konsumgewohnheiten, sie übernehmen mit ihren Kindern eine „Last“, die sie zugunsten der Gesamtgesellschaft tragen; sie haben es besonders schwer, für die heranwachsenden Kinder, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu finden, und tragen im Rentenalter dennoch die allgemeinen Folgen des Bevölkerungsrückgangs mit...

Stingl: Es ist heute mit Sicherheit so, daß die Familien mit vielen Kindern benachteiligt sind, während die Zukunft unseres Volkes auf diesen Kindern ruht. Wir können einmal unsere Renten nicht mehr finanzieren, wenn nicht genügend Kinder nachkommen. Hier liegt ein Versagen der Gesamtpolitik vor, und zwar nicht erst seit der Koalition von SPD und F.D.P. Schon vorher wurde familienpolitisch herzlich wenig getan. Wir als Bundesanstalt können zwar Ausbildungsbeihilfe an die betreffenden Familien zahlen, wenn die Ausbildung eines Kindes zu einer besonders großen wirtschaftlichen Belastung wird, aber das ist nicht genug.

HK: Die Wirtschaft und zum Teil auch die politischen Parteien scheinen immer noch vornehmlich auf wirtschaftliche Expansion, auf Wachstum, als das klassische Mittel konjunktureller Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu setzen. Steht dem aber nicht ein strukturelles Problem entgegen, daß nämlich zugleich Arbeitsplätze wegrationalisiert werden?

Stingl: Das ist natürlich ein Problem. Aber nach aller Erfahrung, die wir in der Bundesrepublik auch während der letzten Rezession machten, haben auch Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsbeschaffungswert. Rationalisierungsinvestitionen sind ja zunächst einmal Aufträge an die Firmen, die die Maschinen herstellen. Die sekundäre Wirkung ist, daß diese Aufträge wiederum hineinwirken in andere Wirtschaftsbereiche und so der Wegfall von Arbeitsplätzen an manchen Stellen durch Bildung neuer Arbeitsplätze wettgemacht wird. Unser Institut hat jedenfalls errechnet, daß bei der Rezession 1966/67 etwa 40000 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden, aber 100000 neue entstanden sind. Man braucht also beides, braucht Erweiterungsinvestitionen, Wachstum, aber auch Rationalisierungsinvestitionen zur Erhöhung der Produktivität und damit zur Erhöhung des gesamten Güterausstausches.

HK: Wie schätzen Sie die gegenwärtigen, so sehr diskutierten sozial-, bildungs- und tarifpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ein? Beispielsweise den Vorschlag von DGB-Chef Vetter zur Arbeitszeitverkürzung (mit oder) ohne Lohnausgleich?

Stingl: Ich stimme Vetter zu, daß man das Problem diskutieren muß. Wenn man auf absehbare Zeit nicht mehr Arbeit hat als jetzt, dann muß man sie anders verteilen. Das verlangt die Solidarität derer, die am Platz geblieben sind,

denen gegenüber, die draußen sind. Aber, und ich habe das von Vetter auch nicht gehört, man kann nicht einfach sagen, man kann durch eine Stunde weniger Arbeitszeit pro Woche 400000 mehr Arbeitnehmer beschäftigen. Dazu ist das Problem viel zu kompliziert. Wie wollen Sie beispielsweise, wenn Sie in einem Ein-Mann-Betrieb eine Stunde in der Woche weniger arbeiten, bewirken, daß 39 Betriebe derselben Größe und Branche, die diese eine Stunde in ihren Betrieben eingespart haben, zusammen dann einen neuen Arbeitsplatz in einem neuen Betrieb schaffen?

HK: Diese Schwierigkeit ist einleuchtend, wenn hier auch an einem extremen Beispiel etwas überzeichnet. Aber es gibt eine Studie aus Ihrem Haus, die genau diese Gleichung (1 Stunde weniger Arbeit pro Woche, 400000 Arbeitsplätze mehr) aufstellt...

Stingl: Es gibt Studien aus unserem Haus, auch von anderen, das sind aber reine Berechnungen. Unser Institut hat nie gesagt, man solle dies auch so machen. Aus der Berechnung, daß eine Stunde Arbeitszeitverkürzung so und so viele Arbeitsplätze bedeutet oder daß ein Schuljahr mehr 170000 Arbeitsplätze überflüssig macht oder daß ein Jahr frühere Verrentung 100000 Arbeitsplätze erübrigt, kann nicht gefolgert werden, daß das Institut sagt, man soll das auch so machen. Das Institut gibt nur die mathematische Größenordnung an. Sie ist zu verstehen als Aufforderung an die Regierungen, an das Parlament oder an die Tarifvertragsparteien, zusätzlich zu überlegen, daß Entscheidungen über Schulzeit, Rentenalter, tarifliche Wochenarbeitszeit usw. auch Auswirkungen auf das Zahlenverhältnis von Arbeitsplätzen und Erwerbspersonen haben. Als drastisches Beispiel führe ich gerne unser eigenes Haus an. Wir haben in der Bundesanstalt unsere Arbeitszeit vor drei Jahren von 42 auf 40 Wochenstunden herabgesetzt. Das hat nicht zu einer einzigen Neueinstellung, sondern zu mehr Rationalisierung geführt, nämlich z.B. zu mehr Schreibautomaten anstelle von Schreibmaschinen. Hätten wir aber die Rationalisierungen nicht durchgeführt, hätten wir den neuen Anstieg der Arbeitslosenzahl überhaupt nicht bewältigen können. Der Verzicht auf Neueinstellungen hatte freilich auch haushaltsmäßige Gründe usw.

HK: Aber eine begrenzte Umverteilung des schmälere werdenden Arbeitsvorkommens ist nicht zu umgehen?

Stingl: Auf jeden Fall ist es so, daß das Sozialprodukt nur einmal verteilt und aufgebraucht werden kann. Viele aber machen den Fehler oder tun so, als ob die jetzigen Arbeitslosen kein Sozialprodukt verzehrten. Das tun sie natürlich auch, wenn auch einen geringeren Teil. Wir als Bundesanstalt haben solche Umverteilung ja schon praktiziert, indem wir Kurzarbeitergeld bewilligt haben. Dadurch haben wir Arbeit auf mehr Schultern verteilt. Wo Betriebe – ich schematisiere jetzt – bei ihrer Auftragslage 50 Prozent der Belegschaft hätten entlassen müssen, konnten so 100 Prozent der Beschäftigten immerhin zu 50 Prozent arbeiten, aber alle 100 Prozent bezogen dann 10 Prozent weniger Einkommen.

HK: Kurzarbeit ist aber wohl nur bei konjunktureller Unterbeschäftigung eine Alternative zur Arbeitslosigkeit...

Stingl: Sicher, aber auf dem Höhepunkt der Kurzarbeit – es waren im Jahresdurchschnitt 1975 beachtliche 773 300, in einem Monat sogar 950 000 – bedeutete das immerhin im Jahresdurchschnitt 150 000 Arbeitslose weniger. Inzwischen ist ja die Zahl der Kurzarbeiter bis auf 213 000 Mitte Dezember zurückgegangen...

„Man ist nicht bereit zu erkennen, daß Generationensolidarität nicht einseitig geübt werden kann“

HK: Glauben Sie, daß eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, wie sie Vetter in die Debatte geworfen hat, unter gegenwärtigen Verhältnissen oder, sagen wir besser, bei der gegenwärtigen Bewußtseinslage überhaupt realisierbar bzw. politisch machbar ist?

Stingl: Es ist auf jeden Fall eine ganz schwierige Sache. Und ich bin froh, daß die Bundesanstalt es nicht zu entscheiden hat, sondern daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung durch Kürzung der Wochenarbeitszeit, durch Erhöhung des Jahresurlaubs den Tarifvertragsparteien anheimgegeben ist. Aber Sie haben recht, es verlangt ein gewisses Umdenken. Wir haben, wie gesagt, ein Umdenken erreicht bei der Kurzarbeit.

HK: Können die „Folgekosten“ vor allem sozial- bzw. versicherungspolitischer Maßnahmen zur Herabsetzung von Arbeitslosigkeit überblickt werden? Früheres Rentenalter bedeutet ja auch Verteuerung der Renten oder niedrigeres Rentenniveau.

Stingl: Eine allgemeine Herabsetzung des Rentenalters bedeutet natürlich eine Verteuerung, denn wenn ich ein Jahr mehr Rente beziehe, dann macht das mehr aus. Allerdings bedeutet eine Vorziehung der Altersgrenze auch eine Verbilligung der Rente, weil sie pro vorgezogenem Jahr 1,5 Prozent niedriger ist. So daß man also im Grunde genommen sagen kann, je länger ein Rentner lebt, desto besser ist ein Ausgleich herbeizuführen. Das sind aber ganz schwierige Rechenexempel...

HK: ... die aber häufig verleugnet werden.

Stingl: Man drückt sich gerne vor ihnen. Um es allgemein zu sagen: Man ist nicht bereit zu erkennen, daß Generationensolidarität nicht einseitig geübt werden kann. Wenn ich eine Vorziehung des Altersruhegeldes vornehme und dieselbe Rentenhöhe annehme wie bei der nichtvorgezogenen und dieselben Krankenversicherungsleistungen gebe, dann läßt sich voraussehen, daß ich das nicht finanzieren kann. Das muß durch die Solidarität der Zahlenden beantwortet werden oder durch die Solidarität der Alten. Wiederum gilt, ich kann das Sozialprodukt nur einmal verzehren, entweder haben die Alten einen zu großen Anteil, oder die Jungen haben einen zu großen Anteil. Wenn ich

es gleichmäßig verteilen will, muß ich das ständig überprüfen.

HK: Wie verhält sich die jetzige Beschäftigungslage zur Bevölkerungsentwicklung? Wird sich die Lage – von konjunkturellen Schwankungen abgesehen – mit dem Auslaufen der geburtenschwachen Jahrgänge von selbst bessern?

Stingl: Bessern schon, aber die Beschäftigungslage wird immer ein Problem bleiben. Wir werden einfach nicht daraus entlassen, daß der Arbeitsmarkt keine starre Größe ist, sondern daß er Veränderungen unterworfen ist, die aus der technologischen Entwicklung kommen, die aus den Weltverflechtungen kommen, die sich aus der Bevölkerungsentwicklung ergeben und aus den Vorstellungen über die Güter, die man haben will. Und der Arbeitsmarktpolitiker kann sich auch nicht zur Ruhe setzen, wenn das Gleichgewicht nicht mehr durch die Arbeitslosen gestört ist, wenn es eine umgekehrte Störung gibt. Arbeitsmarktpolitik bleibt notwendig. Wenn ich bei weniger Arbeitskräften die gleiche Gütermenge haben will, muß ich die Arbeitskräfte produktiver einsetzen, d.h., ich muß stärker Berufsbildung treiben.

„Freiheit bedeutet immer Verantwortung und damit auch Risiko“

HK: Aber durch den Bevölkerungsrückgang wird der Arbeitsmarkt zunächst einmal entlastet, weil sich die Nachfrage (nach Arbeit) verringert?

Stingl: Diese bringt gewiß Entlastung von manchen Problemen, aber sie schafft auch neue. Wenn wir etwa um 2000 einen sehr hohen Anteil von Menschen im Alter zwischen 40 und 60 haben und einen geringen, der nachwächst, dann wird daraus – die Rentenproblematik haben wir ja bereits gestreift – ein nicht weniger prekäres Ungleichgewicht.

HK: Nicht ohne Dramatik wird jetzt schon die Marktwirtschaft beschworen. Wenn das Arbeitslosenproblem marktwirtschaftlich nicht gelöst werden könne, dann sei auch das System zu überprüfen. Sehen Sie in der jetzigen Arbeitsmarktlage bereits eine Bedrohung des marktwirtschaftlichen Systems?

Stingl: Nein, und vor allem soll man sich hüten vor „perfekten“ Lösungen. Man könnte natürlich sehr einfach sagen, Hitler hat das Arbeitslosenproblem beseitigt, in der DDR gibt es kein Arbeitslosenproblem in unserem Sinn. Nur den Menschen dort fehlt es an Freiheit. Die Arbeitsbeschaffung in der DDR sieht u.E. z.B. so aus, daß man unendlich viele Menschen zur Kontrolle der Menschen ansetzt an den Grenzen oder anderswo. Das ist ja keine sinnvolle Arbeit. Man darf nicht leugnen, und gerade der Katholik sollte das vielleicht öfter sagen, daß Freiheit immer Verantwortung und damit auch Risiko bedeutet. Mit der Freiheit, die Gott mir gegeben hat, muß ich umgehen und dafür auch geradestehen. Wer etwa von der Berufsberatung verlangt, daß sie ihm einen Beruf verschafft, in dem es nie Beschäftigungsschwierigkeiten geben wird, der verlangt von uns die Diktatur, denn dann dürfen keine Neuerungen mehr kommen, keine neuen Entschlüsse, nichts. Und ich muß sagen, ich bedaure das immer wieder und halte es für das Grundübel unserer Zeit, als könnten wir durch Planung alles machen. Das ist nichts anderes als die Wiederkehr der Hybris des ersten Sündenfalls.

HK: Das bedeutet konkret doch wohl auch einen differenzierteren Umgang mit dem Individualrecht auf Arbeit...

Stingl: Wir sagen Anrecht, Anspruch auf Arbeit, wir meinen nicht ein kodifiziertes Recht, das einklagbar ist. Freiheit hat eben immer auch die Kehrseite, die Verantwortung heißt. Wir können den Menschen oder der Gesellschaft nicht einfach alle Probleme lösen. Das Risiko gehört ebenso zum menschlichen Zusammenleben wie das Bemühen, sich dagegen abzusichern.

Dokumentation

„Neue Impulse für Europa“

Pastoral-politische Erwägungen der belgischen Bischöfe

Die folgende „Erklärung“ wurde unter dem Titel „Neue Impulse für Europa“ von den belgischen Bischöfen am 23. November in Brüssel veröffentlicht. Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat sie in seiner Pressedokumentation (30/76) verbreitet. Das Thema „Europa“ wird

nicht zuletzt im Blick auf die geplanten Wahlen zum Europaparlament 1978 im kirchlichen Bereich in nächster Zeit häufiger angesprochen werden als in der Vergangenheit. Auch auf dem 85. Deutschen Katholikentag 1978 in Freiburg soll Europa ein tragendes Thema sein. Man kann